

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Armut wächst Profite steigen

Neujahrsempfang bei der SPD in unserer Stadt. Erster Beigeordneter Thomas Will (SPD): „Die Menschen müssen bereit sein, Abstriche zu machen und auf lieb gewordene Standards verzichten.“ Dabei kommt einem doch sofort die Frage hoch: „Welche Menschen meint der stellvertretende Landrat Will?“

Da gibt es ja wirklich viele die „Abstriche“ machen müssten. Meint Will gar die Superverdiener, die Banken und Konzerne, die Abgeordneten mit Zusatzgehältern? Lassen wir die Frage mal so stehen.

„Laßt euch nicht verarschen!“ Diesen Spruch schlägt uns ein großer Elektronik-Markt täglich um die Ohren. In der „großen Politik“ und in der Kommunalpolitik gibt es seit Jahren den Stehsatz „in Zeiten knapper Kassen“ oder „es ist kein Geld mehr da“. Stimmt das tatsächlich oder werden wir hier „verarscht“?.

Viele ehemaligen Wähler der SPD sind ja vor allem deshalb so enttäuscht, weil sie sich von der SPD was anderes erhofft hatten. War wohl nix. Mittlerweile merken viele, die SPD ist nicht in der Lage das Kapital zu zähmen. (Wir sagen schon lange, die wollen das gar nicht.)

Aber dann wählen die Leute den Schröder-Verein erneut, weil ja die Schwarzen noch viel schlimmer sind. Was sicher stimmt, aber den „kleinen Leuten“ nicht weiterhilft.

Aber es geht doch aufwärts, hört man schon mal. Die „Frankfurter Rundschau“ beschrieb es genauer: „Gewinne steigen - Löhne stagnieren“.

Wenn man genau hinguckt stimmt es schon: „Der Aufschwung kommt“ - bei den Profiten. Aber bei Opel sollen 10.000 gefeuert werden. Ähn-

lich bei Karstadt, Volkswagen, DaimlerChrysler, Siemens . . . Wer die Wirtschaftsseite liest, stellt fest: die Profite steigen. Satte 62 Mrd. Euro Gewinn werden allein die 30 im Dax gelisteten Konzerne für 2004 ausweisen.

ThyssenKrupp begnügt sich, beinahe moderat, mit einer knappen Verdoppelung, die Münchener Rück schafft immerhin 126 Prozent, die Deutsche Telekom landet bei einem Plus von 238 Prozent. Der unangefochtene Shooting-Star unter den Aufsteigern aber heißt DaimlerChrysler. Das Flaggschiff der deutschen Lohndruckerfront kann seinen Profit in diesem Jahr um immerhin 677 Prozent steigern. Laut „Handelsblatt“ hat der Konzern 29,5 Mrd. Euro Gewinne als Rücklagen in der Kriegskasse. Nicht schlecht zurecht kam auch

Fortsetzung nächste Seite

### Kultur der Zurückhaltung

Erstmals gewährte der Siemens-Konzern Einblick in das Gehaltsgefüge seiner Top-Manager. Sie kassierten mächtig ab. Der scheidende Konzernboss von Pierer strich sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Gesamtgehalt (Barkomponente und aktienbasierte Vergütung) von insgesamt 4,64 Millionen Euro ein. Eine Million (+ 30 Prozent) mehr als im Jahr davor, wie die Münchner Abendzeitung berichtet. Die weiteren 11 Vorstandsmitglieder kassierten zwischen 3,32 Mio. und 1,79 Mio. Euro. Insgesamt kostete der 12-köpfige Vorstand 33,4 Millionen Euro - 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf die Millionengehälter der Top-Manager angesprochen, erklärte von Pierer im Interview: „Wir bei Siemens haben in dieser Beziehung ohnehin eine Kultur der Zurückhaltung.“



# Gerechtigkeit in Deutschland

## Tarifliche Mindestlöhne in Euro

Frisör in Thüringen 3,18  
Kaufm. Angestellte/r in Sachsen 2,78  
Gartenarbeiter in Thüringen 3,33  
Wachmann in Sachsen-Anhalt 3,91  
Kosmetikerin in Berlin 4,22

## Stundenlohn bzw. Jahresgehalt in Euro

Josef Ackermann, Deutsche Bank 5208, bzw. 11,1 Mio.  
Harry Roels, RWE 2083, bzw. 4,4 Mio.  
Kai-Uwe Ricke, Telekom 1231, bzw. 2,6 Mio.  
Ekkehard Schulz, Thyssen Krupp 946, bzw. 2,0 Mio.  
Werner Wenning, Bayer 757, bzw. 1,6 Mio.

Fortsetzung von Seite 1

Siemens. Sein Profit steigt von 2,44 Mrd. Euro auf 3,4 Mrd. In der Kriegskasse sollen mehr als 12 Mrd. Euro Bares lagern. Der Spitzenreiter in absoluten Zahlen schließlich ist der Energieriese Eon. Durch die Preisexplosion am Energiemarkt sackte Eon ein Plus von 3,9 Mrd. Euro ein.

Was gehört noch in einen solchen Artikel? Na, die Zahl der Erwerbslosen. Die ist im Dezember auf 4.464.200 gestiegen, den höchsten Stand seit 1997. Im Schnitt kamen im Dezember pro Tag 7000 Arbeitslose hinzu. Unter Berücksichtigung nicht mehr erfasster Menschen erreichte die Arbeitslosigkeit sogar den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Was noch? Der Sozialabbau geht schnell voran. Die „kleinen Leute“ merken es am

ehesten: „Wir sind auf dem Marsch in eine andere Republik“. 10,3 Prozent sind offiziell arbeitslos. Hartz IV zwingt mindestens 100.000 Haushalte zum Umzug. Von den 3,5 Millionen Beziehern des Arbeitslosengeldes II werden ca. 200.000 kein Geld mehr erhalten. Bei anderen werden gravierende Kürzungen die Folge sein, während eine größere Anzahl Betroffener „jede Arbeit zu jedem Preis“ annehmen muss.

Am Ende dieses kleinen Beitrages in der ersten „blickpunkt“-Ausgabe des neuen Jahres kann man eigentlich nur feststellen: Wir werden jeden Tag „verarscht“, wir werden belogen und betrogen. Diese Erkenntnis sollte sich durchsetzen. Ändern kann sich nämlich nur dann etwas, wenn sich die Betroffenen wehren - und das nicht nur am Wahltag. rh



## Hand aufhalten - abkassieren

Beispiele: Der ehemalige baden-württembergische Wirtschaftsminister Döring stolperte letztes Jahr über eine Spendenaffäre. Nach seinem Rücktritt im Juni letzten Jahres erhält Döring (FDP) Landtagsdiäten in Höhe von 4750 Euro monatlich. Zusätzlich kassiert der 50jährige monatlich 6334 Euro „Ruhegeld“. Kein Einzelfall. Alles ist „geregelt“. So, dass ein Bundesminister nach nur zweijähriger Amtszeit Anspruch auf eine Pension

von rund 2000,- Euro hat. Es ist verständlich, dass da Zorn wächst - es sind nämlich genau diese Typen, die der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung Wasser predigen und selbst Wein saufen. Diese „Prediger“ gibt es auch bei den anderen „Handaufhaltern“. Was mit den Skandalen von RWE und den CDU-Männern Arentz und Meyer aufflog geht bei VW und SPD munter weiter. Inzwischen wurden neue Fälle bekannt, zum



## Wir gratulieren

In Berlin wurden Esther Bejarano, Peter Gingold, Martin Löwenberg und Percy MacLean mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille geehrt.

Unser Freund und Genosse Peter Gingold aus Frankfurt-Niederrad (unser Foto) war schon oft in Mörfelden-Walldorf, sprach hier auf Kundgebungen und in Diskussionen.

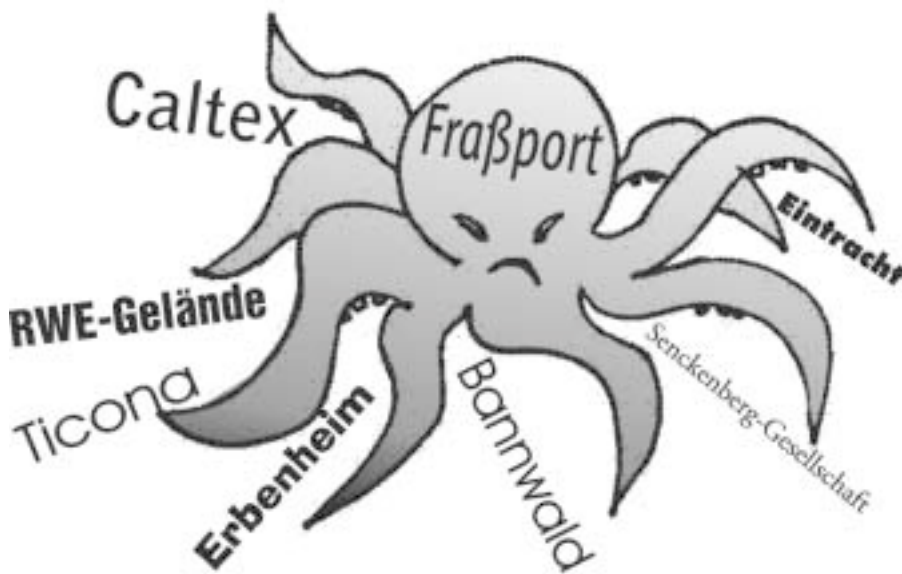
Peter Gingold, der in der französischen Résistance kämpfte, mußte wegen „Zweifeln an seinem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ lange um seine deutsche Staatsbürgerschaft ringen; seine Tochter erhielt aus gleichem Grund Berufsverbot.

Die in Berlin Ausgezeichneten ziehen trotz ihres hohen Alters von Kundgebung zu Kundgebung und von Schulklasse zu Schulklasse, um, solange es noch geht, über ihre Erfahrungen zu berichten und vor allem Jugendliche für die antifaschistische Arbeit zu gewinnen.

Zu den Trägerinnen und Trägern der Carl-von-Ossietzky-Medaille gehören unter anderem Günter Grass, Heinrich Böll, Martin Niemöller, Erich Fried und Klaus Bednarz.



# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



## Wer reich ist, ist einflußreich . . .

. . . so könnte man lapidar den jüngsten Fraport-Coup abhandeln.

Die Fakten: Fraport zahlt ca. 25 Millionen Euro für das Gelände des RWE-Umspannwerks in Kelsterbach und beteiligt sich auch an den Kosten für einen Neubau. Platz wird geschaffen für die Nordbahn - koste es, was es wolle.

Zunächst aber wird erst einmal gelogen und abgestritten. Fraport-Pressesprecher Schwalm erklärte noch eine Woche vorher, damit haben wir nichts zu tun.

Fraport will immer den guten Nachbar des Umlandes spielen. Dann aber wird verschleiert und das Umland hingehalten. Das war so beim Caltex-Gelände und so geschah es erneut.

Bei den aktuellen Bauarbeiten wurde erneut Wald gerodet, die Stadt Kelster-

bach bekam keine Informationen. Die Bauarbeiten außerhalb des bisher von RWE genutzten Geländes haben jetzt allerdings die Stadt Kelsterbach auf den Plan gerufen. Bürgermeister Engisch verlangt vom Regierungspräsidium Darmstadt Informationen über den Neubau und dessen Genehmigung. Die Rodung des Waldstücks sei nicht mit der Stadt abgestimmt worden und würde den Wert des städtischen Waldes mindern.

Was interessiert die Fraport, dass dieses Gebiet als FFH-Schutzgebiet ausgewiesen werden sollte. Weg damit.

Die Baugenehmigung erteilte der Regierungspräsident und nicht der zuständige Kreis Groß-Gerau.

Da bleiben viele Fragen. Aber wie gesagt: Wer reich ist . . .

## Fast 2 Mill. Menschen leiden in Südhessen unter Fluglärm

Nach einer aktuellen Studie leiden die Menschen in Hessen stärker unter Fluglärm als andere Bundesbürger.

Besonders dramatisch ist die Situation in Südhessen, wo fast 2 Mio. Menschen (52,3 % der Bevölkerung) schon heute durch Fluglärm belästigt werden. „Das Ergebnis ist ein ernstes Warnsignal im Vorfeld der Genehmigungsverfahren zum Ausbau der Flughäfen in Frankfurt und in Kassel-Calden“, mahnt Brigitte Martin, Vorstandssprecherin beim hessischen Bund für Umwelt und Natur-

schutz Deutschland (BUND). Der BUND kritisiert Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU), weil dieser bei der Vorstellung der landeseigenen Studie die erschreckende Bilanz der Fluglärm-Wirkung verschwiegen hatte.

Dietzel sprach in seiner Pressemitteilung vom 17. 12. 2004 nur davon, dass die Ergebnisse „weitgehend der bundesweiten Situation entsprechen“. Die extreme Abweichung bei der Fluglärm-betroffenheit vom bundesweiten Mittelwert, die hessenweit 8,6 % und im RP Darmstadt sogar über 20 % ausmacht, verschwiegen der Minister.

## Wenn die Glocken läuten - raus in den Wald

Zwischen dem 15. Februar und dem 15. März, so schätzt man, will Fraport den Bannwald umsägen.

Wenn im Süden des Frankfurter Flughafens im Bannwald die ersten Bäume für den Bau der A 380 Werft fallen, werden die evangelischen Kirchen in Mörfelden und in Walldorf die Kirchenglocken eine halbe Stunde lang läuten lassen. In Mörfelden wird dies geschehen, nachdem der Beginn der Rodungsarbeiten bekannt geworden ist, in Walldorf zwischen 17.15 und 17.45 Uhr.

In Mörfelden wird es außerdem im Anschluss eine Andacht in der Kirche geben.

Bei Beginn der Abholzung stellt die evangelische Kirchengemeinde Walldorf der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung im Gemeindezentrum einen Raum mit Telefonanschluss für Informations- und Koordinationsmaßnahmen zur Verfügung. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass sich die BI eindeutig von Gewaltaktionen distanzieren und Aufrufe zur Gewalt aus diesen Räumen nicht erfolgen dürften.

Unabhängig davon, wie erfolgreich solche Protest vor Ort sind, sind wir der Meinung, dass man die Rodung des Bannwaldes unter keinen Umständen stillschweigend hinnehmen darf.

Deshalb: Wenn die Glocken läuten - raus in den Wald!

## Kehrtwendung bei der CDU

Bei den jüngsten Haushaltsberatungen wurde sichtbar, dass die örtliche CDU einen Schwenk in Sachen Flughafenerweiterung vollzieht. Dass der Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Rudi Haselbach (Mörfelden) ins gleiche Horn wie sein Landeschef Koch stößt, ist hinlänglich bekannt. Der neue Ortsvorsitzende Kremser ist auch ein Ausbaubefürworter, und so hat die CDU-Gefolgschaft eine Kehrtwendung eingeläutet. Dem Antrag zur finanziellen Aufstockung der Mittel gegen die Flughafenerweiterung hat sie sich verweigert. R. D.



## Dumm, frech oder beides?

Absahner! Sokönnte man Laurenz Meyer (ex-CDU-Generalsekretär) oder Inggolf Viereck (SPD-Landtagsabgeordneter in Niedersachsen) bezeichnen, die neben den Diäten als Abgeordnete und Funktionsgehalt der Partei noch von Firmen (hier VW und RWE) Gehälter bezogen, weil sie früher dort auf der Gehaltsliste standen. Mittlerweile wissen wir, dass dies nur die Spitze des Eisbergs war. Viele Mandatsträger werden von der Industrie und den Verbänden „gepflegt“. Natürlich sagen die „gepflegten“, man sei in seinen Entscheidungen unabhängig. Am „Buffet der Gefälligkeiten“ bedienen sich viele. Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus, um diese Praktiken zu unterbinden? Es kann doch nicht sein,

dass Konzerne sich Gesetze zu ihren Gunsten kaufen oder verhindern und den Preis noch von der Steuer absetzen! Korruption ist laut Lexikon die „Benutzung staatlicher Machtmittel oder der Vorteile einer öffentlicher Position, um sich oder anderen gesetzwidrige private Vorteile zu verschaffen“.

Unter dem Begriff Nebentätigkeiten ist in dem Buch „Korruption in Deutschland“ zu lesen: „Häufig dienen Nebentätigkeiten der Verdeckung von Bestechungszahlungen. Die Nebentätigkeit ist nicht oder mit falscher Begründung angemeldet. Zum Teil werden Leistungen nicht erbracht, wohl aber in Rechnung gestellt.“

Der Hehler ist nicht besser als der Stehler, sagt ein Sprichwort. Der Nehmer von Korruptionsgeldern nicht besser als der Korruptierende. Wenn man den Sumpf trocken legen will, muss man den Geldfluss der Konzerne kontrollieren. R. D.

BERTOLT BRECHT

*Regieren ist deshalb so schwer weil Betrügen gelernt sein will!  
Die Minister verkünden unaufhörlich dem Volk wie schwer das Regieren sei.  
Ohne die Minister würde das Korn in den Boden wachsen anstatt nach oben.  
Kein Stück Kohle käme aus dem Schacht, wenn der Kanzler nicht so weise wäre.  
Wenn der Arbeiter wüsste, wie er seine Maschine bedienen soll  
Und der Bauer einen Acker von einem Nudelbrett unterscheiden könnte  
Brauchte man weder einen Fabrikanten noch einen Gutsbesitzer.  
Nur weil alle so dumm sind braucht man einige, die so klug sind.  
Oder sollte es so sein, daß das Regieren nur so schwer ist  
Weil das Ausbeuten und Betrügen gelernt sein muß?*

## Nachtragshaushalt sichert neue KITA

Zum 1. Nachtragshaushalt 2004/2005 erklärte Gerd Schulmeyer für die DKP/ Offene Liste in der Stadtverordnetenversammlung u. a.: „... Das letzte Halbjahr war geprägt von der Diskussion und Vorplanung einer neuen Kita im Stadtteil Walldorf, die alle Fraktionen befürworten und für die in der heutigen Sitzung noch die Auftragsvergabe auf der Tagesordnung steht.“

Entsprechend positiv sehen wir die eingestellten Mittel für den Neubau einer Kindertagesstätte im Wohngebiet Plasage/Lange Äcker, aber auch die Mittel gegen Flughafenerweiterung, die Zustiftung in die Margit-Horvath-Stiftung, die Mittel für die notwendige Dienst- und Schutzkleidung der Kolleginnen und Kollegen des Bauhofs, um nur einige Ansätze zu benennen. ...

Drei aus unserer Sicht besonders unerfreuliche Ansätze will ich hier nennen: Negativ sehen wir insbesondere die eingestellten Ausgaben für EDV-Kosten von 450.000,- Euro, die durch die Umstellung auf die kaufmännische Buchführung auf die Stadt zukommen. Damit ist sicher noch lange nicht das Ende der Kosten dieser mit viel Aufwand ohne jede Aussicht auf Ertrag in die Wege geleiteten Teil der „Verwaltungsreform“ erreicht. Weil uns diese Kosten maßgeblich auf Betreiben des Landes zugemutet werden haben wir auch den Antrag gestellt, dass die Stadt beim Land nachdrücklich die Kostenübernahme einfordert.

Negativ sehen wir auch die Schlussrechnungen für die Kreisel Farmstraße/ Aschaffener Str. und Nordring/Ok-rifteler Str., wo noch einmal draufgezahlt werden muss, aber auch die Mindereinnahmen bei den Bäderbetrieben, die nach unserer Überzeugung nicht nur dem Wetter geschuldet sind, sondern auch den erhöhten Eintrittspreisen und mangelnder Werbung. ... Unabhängig vom Abstimmungsergebnis über unsere Anträge stellen wir in der Gesamtbetrachtung unsere Kritik an Einzelpositionen des Nachtrags und grundsätzliche Bedenken zurück, um vor allem die Kita VIII im Interesse der Eltern und Kinder in unserer Stadt planmäßig auf den Weg zu bringen. Die DKP/OL-Fraktion wird sich in der Gesamtabstimmung zum Nachtragshaushalt der Stimme enthalten.

# Gebührenerhöhungen ohne Ende in Mörfelden-Walldorf

„Die SPD steht auch im neuen Jahr zu ihrer Verantwortung in der Stadt, auch bei unpopulären Maßnahmen“, meinte die Ortsvereinsvorsitzende Ingetraud Germann. „Unpopuläre Maßnahmen?“, sagen wir es einmal anders: Die grosse Abzocke der Stadt geht weiter. Allein die Kindergartengebühr steigt um 31%.

Auf vielen Gebieten müssen wir auch in diesem Jahr tiefer in die Taschen greifen. Auf kommunaler Ebene kommen im Laufe des Jahres in drei Bereichen höhere Kosten auf die Bürger unserer Stadt zu. Obwohl schon im verflissenen Jahr für Müll, Wasser, Kanal, Friedhof, Schwimmbad und Kindergärten mehr zu bezahlen war, ist für die Jahre 2005 und 2006 erneut eine drastische Erhöhung der städtischen Gebühren für die Kindertagesstätten, für die Friedhöfe und für die Eintrittspreise des Schwimmbades beschlossen. So erhöht sich die Gebühr allein für die Unterbringung eines Kindes in einem Kindergarten (Regelplatz) ab 01. August dieses Jahr von 90,- auf 118,- Euro, dies bedeutet eine Steigerung von 31%, (vor dem 01.08. 2004 waren es noch 62,60 Euro). Bei einem Ganztagsplatz steigt der Preis von 145,- auf 189,- Euro und bei einem Ganztagsplatz in der Krippe von 342,- auf 379,- Euro. Gemäß Beschluss der SPD/FDP-Koalition im Stadtparlament ist damit aber noch nicht Schluss. Ab 01.08. 2006 kommt nochmals eine Erhöhung um fast die gleiche Höhe, der Regelplatz kostet die Eltern dann 146,- Euro.

Die Eintrittspreise für das Schwimmbad steigen nach der Erhöhung im Jahre 2004 in diesem Sommer erneut um ca 20% an. Da wird ein Schwimmbadbesuch für Familien mit Kindern bei Preisen von 3,50 Euro für Erwachsene und 1,80 Euro für die Kinder eine teure Angelegenheit.

Auch das Sterben wird nach der Erhöhung im Jahre 2004 ab 01.01.2005 erneut teurer. Die seither schon sehr hohen Friedhofsgebühren steigen in diesem und im nächsten Jahr nochmals gewaltig. So fallen 2005 z. B. für die Erstbestattung in einem Reihen- oder Doppelgrab 559,- Euro und für jede weitere Bestattung 842,- Euro an, 2004 = 486,- bzw. 732,- Euro, dies sind 15% Erhöhung. Hinzukommen noch die Kosten für Nutzungsrechte, in Reihengräbern 25 Jahre, 255,- Euro (seither

222,-). Die anfallenden Kosten für die Nutzung einer Urnennische sind unverhältnismäßig hoch. So fallen für das Bereitstellen einer Nische für zwei Urnen ohne Blumenfach 1.352,- Euro (seither 1.176,- = +15%) und mit Blumenfach 2.249,- (seither 1.956,-) an. Dazu kommen noch die Kosten für die Benutzung der Trauerhalle, der Einfriedigung, für den Grabstein sowie die Kosten für den Bestatter u.s.w. so dass insgesamt für die Hinterbliebenen Summen zwischen 6.000,- und 10.000,- Euro anfallen können. Dabei muss gesehen werden, dass die SPD/Grüne-Regierung das Sterbegeld (vor wenigen Jahren noch 2000 DM) total gestrichen hat.

Die Gebühren - bzw. Preiserhöhungen durch die Stadt sind ja nicht die einzigen Mehrbelastungen der Bürger. So stiegen im vergangenen Jahr und steigen dieses Jahr erneut die Preise für Strom, Gas und Öl gewaltig. Auch stiegen und steigen weiter die Preise im Gesundheitswesen. Ab Juli müssen gesetzlich Versicherte mehr Beitrag für Zahnersatz und Krankengeld aufbringen. Immer mehr Zuzahlungen sind bei Ärzten und Apotheken fällig. Aber für die Rentner gibt es nur noch Nullrunden, die faktisch zu Minus-Runden werden und für die Arbeiter und Angestellten, die noch einen Arbeitsplatz haben, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen.

Es wächst in Zukunft die Altersarmut – schon wegen der Zigtausenden Geringverdiener, Ein-Euro-Jobber, Ich-AGs und ALG-II-Empfänger, für die kaum Rentenbeiträge gezahlt werden. Dieser Tage rechnete der Sozialverband Deutschland vor, dass ein Durchschnittsverdiener 161 Jahre arbeiten müsste, um einen Lebensabend zu haben wie ein Bundestagsabgeordneter. Der bekommt 4.500,- Euro monatlich, ohne je dafür in eine Rentenkasse bezahlt zu haben. So mancher von ihnen hat nicht einmal ein schlechtes Gewissen zusätzlich noch mehrere Zehntausend Euro Schmiergeld von den Konzernen einzustecken.

Heinz Hechler

## FRAKTION aktiv

### Ausbesserung abgelehnt

Der Antrag der DKP/OL-Fraktion, baldmöglichst die Sanierung des Gehwegs „Am Alten Gerauer Weg“ zu veranlassen, wurde von SPD und FDP abgelehnt. Fußgänger, die diesen Gehweg meistens auf dem Weg zu Trauerfeiern benutzen, werden also weiterhin vor allem im Herbst und Winter, aber auch bei Regenwetter oft gezwungen sein „Slalom“ zu laufen, oder auf die Straße ausweichen, um Stürze oder starke Verschmutzung der Kleidung zu vermeiden. Wir halten eine baldige Neubefestigung des Fußgängerwegs zum Mörfelder Friedhof, der in keinem guten Zustand ist, nach wie vor für notwendig und erwarten von der Verwaltung hier Abhilfe. Auch wenn es SPD und FDP nicht wollen.

### SPD und FDP für schnelle Fahrt

Der Antrag der DKP/OL-Fraktion, die Bahnhofstraße durchgängig als Tempo-30-Zone auszuweisen, wurde von SPD und FDP abgelehnt. Ab der Weingartenstraße darf also weiterhin Gas gegeben werden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass hier vernünftigerweise schnell eine einheitliche Regelung (Tempo 30) für die gesamte Straße getroffen werden sollte. Selbst der Bürgermeister hatte sich dahingehend geäußert, aber der Antrag kam offensichtlich von der falschen Partei. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man sich darüber kaputt lachen.

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.

Das „blickpunkt“-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419, BLZ 50852553

## Hartz IV in der Praxis

Nur einer SPD-geführten Bundesregierung war es möglich die Hartz-Gesetze zu verabschieden. Das hätte eine CDU-Regierung nicht geschafft, weil SPD und Gewerkschaften eine Polarisierung und Protestbewegung initiiert hätten, die eine Durchführung in Frage gestellt hätten. Alles Schönreden von Regierungsseite nützt nichts, die Arbeitenden (auch die, die wollen und nicht können) werden unter Druck gesetzt. Sie werden für weniger Lohn und Sozialleistungen arbeiten und länger arbeiten ohne Lohnzuwachs.

Die Quadratur des Kreises bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit pro Beschäftigten, damit mehr Beschäftigung entsteht. Das Land Hessen ist aus dem Tarifverband der Länder (Arbeitgeberverband) ausgeschieden um längere Arbeitszeiten im Alleingang durchzusetzen. Was bei den Beamten (42 Wochenstunden) möglich war, soll auch im Arbeiterbereich Realität werden.

### Beispiel:

Unsere Stadt beschäftigt im Bauhof 55 Mitarbeiter, sie haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden, ergibt 2117,5 Std. Wird die 42-Std.-Woche wieder eingeführt, so werden insgesamt 2310 Std. erbracht. Wird der Arbeitsumfang nicht größer, so sind 4,5 Stellen zuviel. Entweder werden Arbeiter entlassen („freigesetzt“) oder Arbeiten, die bisher fremd vergeben werden, können städt. Arbeiter erledigen. Dann sind die Beschäftigten bei den Privatfirmen zuviel.

Hessens Ministerpräsident Koch will eine Lohnsenkung von 7%. Die Gewerkschaft sagt dazu: „Wenn wir eine 7-prozentige Lohnerhöhung fordern würden, würden sie uns für verrückt erklären.“

Wer länger als ein Jahr arbeitslos, arbeitsfähig und ALG II erhält, muss sich selbst um einen Job bemühen. Der kann entweder bis zu 30% unter Tarif sein oder einen sog. 1-Euro-Job annehmen. Damit soll der Betroffene seine Arbeitswilligkeit unter Beweis stellen. Aus dem Rathaus hört man schon, dass die Schaffung von solchen Almosen-Jobs ins Auge gefasst wird.

### Beispiel:

Unsere Stadt richtet zehn 1-Euro-Jobs ein mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von z.B. 20 Wochenstunden. Die 200,- Euro pro Woche tun der klammen Stadtkasse nicht weh. Werden zusätzliche Arbeiten, evtl. bei Sauberkeit und Grünpflege, erledigt, oder werden dann Aufträge an Firmen, die diese Arbeiten bisher leisteten, gekündigt? Man darf annehmen, dass eben wegen der Finanzmisere die Fremdfirmen weniger Aufträge erhalten. Diese sind dann gezwungen, Arbeitskräfte zu reduzieren.

1-Euro-Jobs werden auch schon von den Wohlfahrtsverbänden angeboten. Aufgrund der geringer werdenden Zahl von Zivildienstleistenden ist das eine willkommene Gelegenheit. Zwar heißt es im Gesetz, dass die 1-Euro-Job-Beschäftigungsverhältnisse „gemeinnützig und zusätzlich“ sein müssen, doch wer kontrolliert das im Einzelnen? Angenommen das Altenhilfezentrum kündigt dem Gärtnereibetrieb, dürfen dann 1-Euro-Jobber diese Arbeiten ausführen? Hat der defizitäre Altenheimbetrieb zusätzliches Geld um zusätzliche Arbeiten zu finanzieren?

Allein diese beiden Beispiele zeigen, dass mit der sozialen Schieflage der Gesellschaft, die durch die Hartzgesetze und verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik entstanden ist, sich in diesem Jahr noch verschärft. Noch sind die Bürger ruhig, Protest kommt nur am Rande vor, doch wie lange noch? R. D.

## Unwort des Jahres

Die DKP/Offene Liste hat als Unwort des Jahres 2004 das Wort „*ergebnisoffen*“ vorgeschlagen. Im Schreiben an den Sprecher der Jury „Unwort des Jahres“ heißt es u.a.: „Dieses Wort begegnet einem insbesondere regelmäßig in Planverfahren umstrittener Projekte und soll in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, der Ausgang des Verfahrens stehe noch nicht fest.“

Als Quelle anbei als Beispiel ein Kommentar aus der FR, der sich ausdrücklich auf das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens bezieht. Gleiches gilt allerdings bundesweit für alle vergleichbaren Bauvorhaben und ist in diesem Zusammenhang bundesweit fast täglich zu lesen.

Vor allem die von den Baumaßnahmen und ihren Folgen betroffenen Bürgerinnen und Bürger, aber auch beteiligte Verbände und Kommunen machen immer wieder die Erfahrung: Insbesondere die Erörterungstermine im Planfeststellungsverfahren sind *Inszenierungen mit feststehendem Ausgang*.

Für die A380-Werft ist das in 2004 über die Bühne gegangen, im laufenden Jahr wird sich das für den weiteren Ausbau wiederholen. Insofern wird dieses „zeitlose“ Wort ganz sicher auch in Zukunft in Politik und Verwaltung nicht nur in Frankfurt und Umgebung reichlich genutzt werden.

Schon allein deshalb ist es nach unserer Überzeugung bestens geeignet, von Ihrer Jury als „Unwort“ bewertet zu werden.“

## EU-Verfassung

Etliche Länder der EU wollen den Verfassungsentwurf in ihrer Bevölkerung zur Abstimmung stellen. Unser Bundesregierung nicht. Hat sie Angst, dass er durchfällt? Wir fragen unsere Leserinnen und Leser wie sie abstimmen würden.

Die EU-Verfassung sieht vor, dass EU-Streitkräfte zu weltweiten Kampfeinsätzen entsendet werden können. Halten Sie das für richtig?

Die EU-Verfassung verlangt von allen Mitgliedstaaten „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Halten Sie das für richtig und notwendig?

Die EU-Verfassung sieht Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen vor (Alterssicherung, Bildung, Energie, Wasser, Abwasser, Gesundheit usw.) Halten Sie das für richtig?

Wenn die Bürger aufgeklärt würden, würden sie sicher ablehnen. rd

## Die Stadt als Reparaturbetrieb

Neben zusätzlichen Aufgaben, die die Gesetzgeber den Kommunen aufladen, kommen noch soziale Ungleichgewichte, die ausgeglichen werden müssen. Weil die Schulen nicht das leisten, was erforderlich ist, muss durch die Hausaufgabenhilfe korrigiert werden. Gerade bei ausländischen Kindern ist wegen der Sprachdefizite die Hilfe angesagt. Die Kreis-VHS hat die Finanzierung aufgekündigt, die Stadt muss das ausgleichen.

Eine Hauptaufgabe zur Integration ausländischer Bürger ist die Sprachförderung. Das wird allgemein anerkannt. Diese Sprachkenntnisse müssen früh erworben werden, am besten schon in den Kindergärten. Somit liegen die Stadtverordneten richtig, wenn sie diese Förderung in den Kitas befürworten. Die Stadt muss die finanziellen Mittel aufbringen.

Die Gesellschaft ist im Umbruch. Kinder und Jugendliche sind Einflüssen und Gefahren ausgesetzt, die frühere Generationen nicht kannten. Außerdem sind die Familienstrukturen verändert, was Probleme für die Jüngsten schafft. Auffälligkeiten der Kinder, asoziales Verhalten nehmen zu. Daher war es notwendig, Schulsozialarbeit zu etablieren. Die Stadt ist finanziell gefordert, obwohl sie keine Schulträgerschaft hat.

Die gleiche Begründung kann für die Sucht- und Drogenberatung gegeben werden. Die Suchtgefahren sind bedeutend größer geworden in den letzten zwei, drei Jahrzehnten. Die Verführbarkeit ist permanent, Abhilfe dringend geboten. Das städt. finanzielle Engagement wächst, zumal sich des Land aus der Verantwortung stiehlt.

Es werden zu wenig Lehrstellen angeboten. Auch der sog. Ausbildungspakt hat nicht die erhoffte Zahl an Lehrstellen gebracht. Über 11.000 Jugendliche suchen noch einen Ausbilder. Die Stadt hat per Nachtragshaushalt die Ausbildungsförderung aufgestockt. Ausbildungsbetriebe können einen Zuschuss für die Bereitschaft zur Ausbildung beantragen. Viele reden seit Jahrzehnten über die Ganztagschule. Noch gibt es sie nicht. Und was ab kommendem Schuljahr angeboten wird, verdient den Namen noch nicht. Damit aber Elternschaft und Berufstätigkeit vereinbar sind, ist die Be-

treuung der Kinder erforderlich. Die Betreuung der Grundschule ist ebenso wie Krabbelstube und Ganztagskindergarten ein Baustein für Familie und Beruf. Wiederum ist die Stadt in der finanziellen Pflicht.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Dass die Stadt die finanziellen Mittel (sie müssten höher sein) aufwendet, ist lobenswert. Hilfreich wäre, wenn Kreis, Land und Bund die finanzielle Ausstattung der Kommunen entsprechend erhöhen würden. R. D.



## Solarförderung

Als unseren Erfolg können wir verbuchen, dass die Stadtverordneten dem Antrag der DKP/OL zur Wiedereinführung der Solarförderung zustimmten. Damit können Investoren bei der Stadt die Förderung beantragen.

Wir begründeten den Antrag mit den Werbeproschüren der „Solar-Stadt“, in denen der Rathauschef die Bürger auffordert, in die Kraft der Sonne zu investieren. Nur bei Worten sollte man es nicht belassen.

Die 10.000,- Euro, die für die Förderung bereit gestellt werden, kommen aus der Haushaltsstelle Schwimmbad. Mit einem Gutachten (das ca. 30.000 Euro gekostet hätte) sollte die Privatisierung des Waldschwimmbades betrieben werden. Diese Pläne sind ad acta gelegt worden.

R. D.



*Das Kalksandsteinwerk möchte am liebsten morgen schon den Bornbruchsee zuschütten. Nachdem im Juli 2004 eine Mehrheit von SPD/CDU und FDP einer Verfüllung zustimmte, sammelt das Werk offenbar große Mengen Bauschutt, um ihn möglichst bald versenken zu können. Ob das Füllmaterial „unbedenklich“ ist, wie man uns einzureden versucht, ist mehr als fraglich.*

# Stadtgeschichten



Ein Bild aus der Zeit, als das Bürgerhaus noch Volkshaus hieß. Die Aufnahme entstand Anfang der 1950er Jahre in der damals neu renovierten Küche. Auf dem, von einer „blickpunkt“-Leserin zur Verfügung gestellten Foto gruppierten sich hinter der großen, neu angeschafften Schwenkpfanne die eifrigen Helferinnen mit dem Wurst- und Fleischlieferanten.

Von links sehen wir: Lore Gumbart, Male Hechler, Metzger Werner Conradt, Sophie Dammel, Anna Röder und Margarete Schöneberger. Sie sorgten damals, als das Haus noch in Eigenregie geführt wurde, mit vielen anderen, oft ehrenamtlich oder gegen geringes Entgelt, für das Wohl der Gäste, für die Sauberkeit des Hauses, für die Garderobe, die Verwaltung, die Organisation und die Kasse.

Die Menge der anfallenden Arbeiten kann ermesen, wer den vom damaligen Volkshaus-Verein im Jahre 1953 herausgegebenen Prospekt liest. Da heißt es unter anderem: „Neben einem bis 1200 Personen fassenden großen Saal mit moderner Bühne, Empore und gepflegter Tanzfläche stehen im Volkshaus ein kleiner Saal für 250 Personen und diverse andere Räumlichkeiten für die verschiedensten Tagungen und Kongresse zur Verfügung“. „Auch für das leibliche Wohl unserer Gäste ist bestens gesorgt. Eine neuzeitlich eingerichtete Küche ist in der Lage in kürzester Zeit bis zu 1000 Personen zu verpflegen. Elektrische Kühlanlagen sorgen stets für wohltemperierte Getränke, die in Auswahl und in der Qualität hervorragend sind.“



## Aus dem Programm:



## KuBa

27.1., 20 Uhr  
**Was liest Du?**  
Der Bücherabend im KuBa

31.1., 20 Uhr  
**HörBar**  
„Der Frosch mit der Maske“  
Edgar Wallace' berühmter Krimi  
als Hörspiel

10.2., 20 Uhr  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend. Interpretieren mit  
dem Anfangsbuchstaben S

12.2., 20 Uhr  
**KHAN Connection #15 „Soul“**  
Film und DJ-Set  
Eintritt: 2 Euro

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der babbelt  
em Deiwel  
es linke Ohr weg.